

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis monatlich (bei Louis 2,50 M., halbjährlich 1,25 M.). Durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expeditionsbüro: Dresdener Bahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18 694 / Dresdener Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-2, Osterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtanschluß: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

5 Jahrgang Dresden, Dienstag den 14. Mai 1929 Nummer 110

Proteststurm gegen Grzesinski

Die Mai-Morde der Jörgiebel-Polizei vor dem Preussischen Landtag

Berlin, 14. Mai.

Die Debatte über die Blutbäder der Jörgiebel-Polizei am 1. Mai, die am Montag im Preussischen Landtag stattfand, war eine vernichtende Anklage gegen den blutdürstigen Polizeifaschismus, der, emanzipiert von Sozialdemokratie im Interesse der Bourgeoisie gestützt und getragen wird. Die Anklage, die Gen. Köpfer zur Begründung des kommunistischen Mißtrauensantrages gegen Braun und Grzesinski und des Antrages auf Entziehung und Bekämpfung der schuldigen Polizeibestien hielt, war vernichtend für das preussische Polizeisystem und die SPD-Führerschaft. Grzesinski auf Grzesinski kauft auf die Sozialfaschisten und ihre Mütter nieder. Und so sehr sich auch die Preussische Partei dauernd mit der Klinge in der Hand bemüht, unseren Redner durch Unterbrechungen und Ordnungsrufer zu provozieren und sich zum Wortentzug zu machen, so brach er auch die Geschäftsordnung zermalmte und jeden Anstand, der bei der Behandlung der Polizeibestien aus den Reihen der Kommunisten erfolgte, mit Ordnungsrufen und Anstandsbedrohungen belegte, um den Angriff auf seine Partei zu mildern — es half alles nichts: die Staatschuld der SPD und ihrer Führer wurde festgenagelt. Die SPD-Führer wurden als das gezeigt, was sie sind — als ein Parteistängel von beispiellos-ter Verblümpung.

Auf die mit häßlichem Beifall und Handclatschen aufgenommene Rede des Gen. Köpfer verfuhrte Grzesinski in seiner bekannten prozessierenden Art eine Reimwortschneide zu betreiben. Er wurde mit häßlichen Zurufen wie „Bluthund!“ — „Reinheitsmörder!“ usw. empfangen. Wah stand er auf der Rednertribüne und versuchte, auf diese Zurufe zu laßeln, indem er die seinem Gesicht den Stempel der Beustalt aufdrückenden beiden Kinnlappen dauernd von einer Seite nach der anderen wand. Zum Wort kam er unter dem Protest der Kommunisten immer Zeit nicht. Parteilos als „Präsident“, mit harter Hand, energiegeladener Ausblick über Ausblick. Der erste, den wegen „beleidigender Äußerung“ sein Banntitel traf, war der Genosse Jendryschek. Als der Entrüstungszustand gegen den Exponenten des preussischen Sozialfaschismus fortwährte, schloß der „Wahrer des guten Tons“ nur noch mit Zeigen mit dem Finger aus, weshalb es ihm aus den Reihen der Kommunisten und unter häßlichem Gelächter von der Pressetribüne entgegenstieß: „Wer denn?“ — Darauf der Präsident, mit dem Finger zeigend: „Der da!“ Das ging unter mehrfachen Unterbrechungen der Sitzung eine ganze Weile, bis endlich, nachdem der „heroische“ Präsident eine ganze Zeit still für sich gebüßelt hatte, damit herauskam, daß Genosse Bontkowski gemeint und auf acht Tage ausgeschlossen ist.

Gen. Meyer, der sich, um gegen geschäftsordnungswidrige Äußerungen ohne Namensnennung zu protestieren, zum Wort gemeldet hatte, wurde sofort das Wort entzogen, nachdem er die Worte gesprochen hatte: „Der Präsident ist nicht erregt über die Tatsachen, die sich in den ersten Wähltagen in den Straßen Berlins abgespielt haben.“

Unter wiederholten Sitzungsunterbrechungen und dauernden Ausschüssen, die jedesmal erfolglos, sobald ein Zuruf auf die mehr als prozessatorischen Reimwortschneide Grzesinskis aus den kommunistischen Reihen kam, verfuhrte dann Grzesinski seine Rednertribüne zu halten. Welcher Art die Verteidigung Grzesinskis war, kennzeichnet sich dadurch, daß er selbst die Schilderungen der bestialischen Morde der Polizei in den bürgerlichen Wähltagen als „Schreiberei vom grünen Tisch“ bezeichnete. Es war eine Selbstverständlichkeit, daß solche unglücklichen Prozeduren gewaltige Proteststürme bei unseren Genossen auslösten.

Resultate der Eisenbahner-Betriebsrätewahl

Güterabfertigung Dresden-2:	Opposition 87 Stimmen, Reformisten 21 Stimmen.
Lohnmehrer Dresden 1:	Opposition 48 Stimmen, Reformisten 38, Christen 6.
Güterabfertigung Dresden-Friedrichstadt:	Opposition 42 Stimmen, Reformisten 114 Stimmen.
Reichsbahnausbesserungswerk Dresden-Friedrichstadt	Opposition 203 Stimmen = 2 Sitze EBC 100 Stimmen = 1 Sitz EBC (Gelbe) 75 Stimmen EBC (Christen) 54 Stimmen
Betriebswerk Dresden-Friedrichstadt	Opposition 43 Stimmen = 2 Sitze EBC 102 Stimmen = 4 Sitze

Die vorliegenden Teilergebnisse der Eisenbahnerbetriebsrätewahl lassen erkennen, daß es den Reformisten trotz größter Hebe und Verleumdung nicht gelungen ist, den Vormarsch der Opposition aufzuhalten. Wir werden nach Vorliegen des Gesamtergebnisses eine ausführliche Würdigung der Wahl bringen.

mühten, die immer und immer wieder zu neuen Unterbrechungen und Ausschüssen führten. Außer dem Gen. Jendryschek wurden ausgeschlossen: Bontkowski, Kaack, Odenbach, Peter, Rau, Abel, Golke, Wolfweber, Schubert, Hanna Ludwig, Hoffmann. Die ersten acht wurden auf 8 Tage, die übrigen für einen Tag von den Landtagsberatungen ausgeschlossen.

Punkt 3 Uhr kam Gen. Abel durch die Tür hinter dem Präsidenten ins Saal und rief von der Treppe:

„In diesem Moment werden auf dem Revolutionsfriedhof in Friedrichsfelde drei Todesopfer des sozialdemokratischen Polizeifaschismus in die Erde gebeutet. Es ist eine Schande für dieses Parlament, daß im gleichen Augenblick der Schuldige an diesen Missetaten hier im Landtag eine prozessatorische Rede halten darf. Wir Kommunisten und die gesamte Arbeiterklasse solidarisiert sich mit den Kämpfern gegen den blutdürstigen Polizeifaschismus, und werden nicht ruhen und rasten, bis diese Bluttat geahndet ist.“

Zur Ehrung der Maiopfer und zum Protest gegen das Jörgiebel-Grzesinski-System verließen, unter Juridiktation einiger Hochposten, die Kommunisten geschlossen unter Abhängen der „Internationalen“ den Sitzungssaal.

Parteis, der die Sitzung sofort unterbrochen hatte, verkündet einen weiteren schließlichen Ausschluß gegen Gen. Abel, und gibt dem Landtagsdirektor die Weisung, dem Gen. Abel für die Ausschließung das Haus zu verbieten und seinen Eintritt eventuell durch die Polizei zu verhindern.

Erst nach dieser Demonstration, die den tiefsten Eindruck auf die Tribünenbesucher machte, konnte Grzesinski seine „Verteidigungsrede“ beenden. Ihr Sinn war ein offenes Bekenntnis zum blutdürstigen Polizeifaschismus. So lange er auf seinem Posten stehe, wolle er alles bedenken, was „seiner“ Beamten zur „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“ unternehmen.

Auf diese schamlose Rede gab der Genosse Karl Schulz namens der kommunistischen Fraktion die gebührende Antwort.

Die Volkszeitung deckt die erste Karte auf

Richtung: Große Koalition

Dresden, den 14. Mai 1929.

Obgleich die Sachverhalte zweifellos zu einer Stärkung der offen bürgerlichen Parteien geführt haben und die kommunistische Partei durch Wahlrücktritt zwei Mandate verloren hat, trotz Stimmenzunahme gegenüber der letzten Landtagswahl, wird die Bürgermeisterei samt ihren sozialdemokratischen Politikern nicht ihrer „Erfolge“ froh. Der gestrige Anzeiger motivierte schon mit gedämpftem Trommelklang, obgleich keine volksparteiliche Redaktion nach außen hin Grund zu lautem Jubel gehabt hätte. Er erklärte auch bereits, daß die Kommunisten glänzlicher abgelehnt hätten, als man je erwartet hatte und äußerte ziemlich deprimiert seine Wünsche in bezug auf die Zusammenarbeit mit den angewachsenen Nationalsozialisten. Dieses Anwachsen der Nationalsozialisten ist zweifellos für die politische Betrachtung des Ausgangs der Landtagswahl von großer Bedeutung. Es ist kein Zweifel, daß das Wachsen des ausgesprochen faschistischen Flügel der Bourgeoisie in der Meise der Koalitionspolitik der Sozialdemokraten und des von ihnen vertretenen Sozialfaschismus — ist ein Zeichen besonderer Sicherheit und innerer Festigung des Bürgerturns. Eher ist das Gegenteil der Fall. Die Zurückspingung der Klassengegnerschaft, die einen verhärteten Kurs gegen den revolutionären Flügel seitens der Bourgeoisie bedingt, läßt das Fundament des bürgerlichen Staatsgebäudes nicht unerschütterlich zum Schutz „für alle Fälle“ wird also neben der demokratisch verfaßten Diktatur der Bourgeoisie auch der hakenkreuzfaschistische Randkonstrukt verfaßt, finanziert; und die vorher abgebauten Positionen wieder neu ausgebaut. Daß dies in verstärktem Maße bei den Sachverhalten der Fall war, dafür zeigten schon die Dresdner öffentlichen Anschlagtafeln, die an manchen Wochen 4 bis 5 verfaßte Plakate der Nationalsozialisten gleichzeitig trugen. Dafür war also genügend Geld da. Und die Propaganda der Nationalsozialisten überbot alles bisher in Sachsen Dagewesene. Inwieweit hatte die Bourgeoisie ihre hakenkreuzgefehltheit gut geföhrt. Vorbereitet war der Boden für deren Agitation durch die faschistische Politik der Sozialdemokraten Grzesinski und Jörgiebel. Ideologisch wurde sie unterstützt durch die wüste Pressekampagne der vereinigten Rechts- und SPD-Presse gegen die Kommunisten. Aber die Zusammenlegung der nationalsozialistischen Anhängererschaft ist offensichtlich dezent grundföhlich, daß für deren taktisches Auftreten im Landtag außerordentliche Schwierigkeiten erwachsen. Was den Nationalsozialisten nicht gelungen ist, ist ein Einbruch in die Reihen der Arbeitererschaft. Jedenfalls haben sie nur geringe Teile ihrer Anhänger aus Arbeiterbezirken rekrutieren können. Andererseits ist es ihnen gelungen, proletarisierte Kleinbürgerliche und Kleinrentnerliche Schichten zu erfassen, die bei einer besseren organisierten und agitatorischen Arbeit auf die Seite der Arbeitererschaft hätten gezogen werden können. Daß die Steuer- und Finanzpolitik der Sozialdemokraten ihrerseits wesentlich dazu beigetragen hat, diese verletzenden Schichten ins Lager des hakenkreuzes zu treiben, steht außer Zweifel. Dennoch hätte man geteilt in Sachsen der hemmungs- und schrankenlosen Demagogie der Hitlerleute, die sich fast „revolutionär“ gebärden, besser entgegenzutreten können, um so mehr, als die bisherigen 2 Hitlerabgeordneten im sächsischen Landtag in ihrer ganzen Tätigkeit der großkapitalistischen Heldentreuerung größte Unterstützung gewährt und faktisch Koalitionspolitik mit umgekehrten Vorzeichen aber auf demselben Basis wie die Sozialdemokratie im Reich getrieben haben.

Nun, die kommunistische Partei wird daraus ihre Lehren ziehen. Im Augenblick zerbrechen sich die großkapitalistischen Drahtzieher der Hitlerbewegung den Kopf, wie sie die Gefahr der Entlastung ihrer großmäuligen Strohpuppen im sächsischen Landtag bei offener Heranziehung an die Regierungskoalition, die durch das Anwachsen akut gemordet ist, umgehen können. Die Demokraten und Sozialdemokraten geben dafür bereits das Stichwort und dieses Stichwort lautet, wie wir es bereits vorausgesetzt haben:

Die große Koalition

Die Demokraten weisen in laßten, mahnenden Tönen die Sozialdemokratie auf das „Anwachsen der Deutschen Volkspartei als der koalitionsfähigsten bürgerlichen Partnerin hin. Und die Sozialdemokratie? Die sächsische Sozialdemokratie ist durch ihr bisheriges struppelloses Oppositionsspiel in eine schwierige Lage geraten. In eine Lage, die sie vorerst durch den lächerlichen Versuch zu verhalten bemüht ist, über die Tatsache, daß sie „die stärkste Partei“ geblieben ist, zu triumphieren. Aber auf die Dauer geht das nicht. Man muß jetzt Farbe bekennen und langsam aber sicher bereitet man die Anhänger auf den Marsch in die Koalition vor. Dabei ergeben sich natürlich in den drei sächsischen Wahlbezirken widersprechende Äußerungen. Aber das ist man ja von den sächsischen Sozialdemokraten gewöhnt. Am ersten ist jedoch die Stellungnahme der sächsischen SPD zum. Der Dresdner Volkszeitung zu wertig, die in bezug auf den Marsch zur Koalition allen anderen voraus ist. Zwar schreibt das Dresdner SPD-Blatt in seiner 1. Sonderausgabe von einer „gemäßigten inneren Heiterkeit“, mit der die Sozialdemokratie zusehen will, wie der „bürgerliche Nichtmensch“ versuchen wird, eine „solide, festgemauerte Regierung“ zu bilden, aber ein paar Zeilen weiter wird dann die erste Karte vorzüglich aufgedeckt. Ohne Kommentar veröffentlicht man eine Verurteilung des „Sozialdemokratischen Pressebüros“, in der ganz offen die Bildung der Großen Koalition gefordert wird. Wörtlich heißt es in diesem Artikel:

„Rein rechnerisch gesehen liegt in diesem Wahlergebnis der Zwang zu einer Koalition mit den Sozialdemokraten. Da gegen aber bestehen sehr starke psychologische Widerstände innerhalb der sächsischen Sozialdemokratie und bei den bürgerlichen Parteien. Kennentlich nach diesem Wahlsieg, der von der bürgerlichen Einheitsfront mit besonderer Geduld gegen die Sozialdemokratie geföhrt worden ist. In solchen werden wohl die politisch-parlamentarischen Vorgänge nach der Wahl den rein rechnerischen Zwang unterstützen.“

Interessant ist, daß auch schon eine faule Ausrufe für das offene Einweichen in die Koalition den sächsischen Sozialdemokraten in die Hand gedrückt wird. Das ist der Hinweis auf die Möglichkeit, daß bei der Ablehnung einer Regierungsteilnahme durch die Sozialdemokratie, Heldt weiterhin Ministerpräsident bleiben wird. Damit will man den Arbeitern einreden, als ob durch Beseitigung der Person Heldts aus der Regierung ein Erfolg für die Arbeiterklasse erreicht sein würde. Dieses Mandat ist aber angehts der Reichspolitik der Sozialdemokratie nicht mehr von besonderer Zukunft. In der Koalition mit dem Bürgerturn ist der ehemalige Arbeitervertreter immer der gefährlichste Feind der Arbeiterklasse. Was Reudell durch den geschlossenen Widerstand der Arbeitererschaft nicht fertig brachte, kann Grzesinski, kann Everling dadurch leichter durchföhren, daß er den ganzen Gewerkschafts- und Parteiparappat in den Dienst der Regierung stellt. Wo Heldt bisher auf den geschlossenen Widerstand der sächsischen Arbeitererschaft stoßen konnte, wird ein Grzesinski oder Graupe oder Fleißner mit Hilfe des